

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

China, die G8 und der Klimawandel

Bereits im Vorfeld des diesjährigen G8-Gipfeltreffens Anfang Juni in Heiligendamm wurde deutlich, dass die VR China im Zusammenhang mit dem von der deutschen Gastgeberin in den Mittelpunkt gerückten Kampf gegen den Klimawandel unter Druck geraten würde. Seitens des chinesischen Außenministeriums hieß es, die sogenannte Outreach Session, zu der China, Indien, Mexiko, Brasilien und Südafrika eingeladen waren, sei keine Plattform, um Druck auf irgendein Land auszuüben. Gefragt hatte ein Journalist im Rahmen einer der regelmäßigen Pressekonferenzen in Beijing, ob die chinesische Regierung in Heiligendamm im Zusammenhang mit ihrer Afrikapolitik, dem mangelnden Schutz geistiger Eigentumsrechte und insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz unter Druck geraten werde.

Die chinesische Regierung war offensichtlich zunächst davon ausgegangen, dass der Gegensatz zwischen Europäern und den USA in der Klimaschutzpolitik das Bild bestimmen und China selbst aus der Schusslinie der Kritik halten würde. Der unerwartete Vorstoß von US-Präsident Bush für ein eigenes Klimaschutzprogramm veränderte die Situation grundlegend. Aber es wurde auch deutlich, dass man auf chinesischer Seite gut vorbereitet war und die Schadens-

begrenzung diplomatisch geschickt betrieben wurde.

Aufmerksame Leser der Nachrichtenagentur Xinhua waren im Prinzip bereits drei Tage vor dem Auftritt Hu Jintaos im Rahmen des Dialogforums der G8 mit den wichtigsten Entwicklungsländern darüber informiert, was dieser dort als Chinas Position vortragen würde. Klimawandel, so Hu in seiner Rede am 8. Juni 2007, sei im Kern ein Entwicklungsproblem und sollte daher im Zusammenhang mit der Förderung nachhaltiger Entwicklung angegangen werden. Erfolgreich könne dieses Problem nur gelöst werden, wenn die verschiedenen betroffenen und beteiligten Parteien in die Lage versetzt würden, ihr technologisches Niveau kontinuierlich zu erhöhen. Die Erklärung, was dies im Einzelnen bedeutet, brachte Xinhua: Die Großmächte hätten im Hinblick auf den Verbrauch von Energie und Treibhausgasemissionen die Pflicht zur Reduktion ihrer Emissionen und zur wirtschaftlichen und technologischen Hilfeleistung an die Entwicklungsländer, um auch deren Vermögen zur Vermeidung von schädlichen Emissionen zu verbessern.

Gemäß des Kyoto-Protokolls, so Hu weiter, gelte das Prinzip gemeinsamer aber unterschiedlicher Verantwortlichkeit. Dieses Prinzip reflektiere den Entwicklungsstand, die historische Verantwortung und die unterschiedlichen Emissionsmengen pro Kopf in den verschiedenen Ländern. Auch hier liefert Xinhua die Interpretationshilfe: Die Industriestaaten und insbesondere die G8 als die stärksten dieser Gruppe hätten im Zuge ihrer eigenen in-

dustriellen Entwicklung über 200 Jahre hinweg erhebliche Mengen von Treibhausgasen freigesetzt und seien somit als diejenigen zu sehen, die den Prozess der Klimaveränderung initiiert hätten. Ferner hätten diese Nationen am meisten von der Globalisierung und Verlagerung von Industriestandorten profitiert, indem sie energieintensive Industrien mit hohem Kohlendioxid ausstoß in Entwicklungsländer verlagert und sich so in eine präferentielle Situation manövriert hätten, die es ihnen verhältnismäßig leicht mache, den eigenen Ausstoß an Treibhausgasen zu reduzieren. Diese Staaten hätten daher als primär Verantwortliche für den globalen Klimawandel auch die unausweichliche Pflicht, bei der Reduktion voranzugehen und den Entwicklungsländern ökonomische und technische Unterstützung für deren Anstrengungen zu gewähren. Technologietransfer sei Pflicht.

In seinen weiteren Ausführungen bemühte sich Hu Jintao, China, das nach ökonomischen Maßstäben wahrscheinlich längst zum Kreis der G8 zählen sollte, als größtes Entwicklungsland der Welt zu beschreiben. Entwicklungsunterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Regionen sowie zwischen Wirtschaft und Gesellschaft seien groß. Um dies plastischer zu machen, bediente er sich der Magie der großen Zahlen. Für 20 Mio. Arme in ländlichen Regionen und 22 Mio. städtischen Einwohnern, die ein Leben unterhalb der Mindeststandards fristeten, müsse sich China ebenso kümmern wie um 80 Mio. Behinderte und jährlich 24 Mio. Arbeitssuchende städtischer Herkunft. Darüber hinaus betrügen die durch-

schnittlichen Kohlenstoffemissionen pro Kopf der Bevölkerung in China derzeit nicht einmal ein Drittel der Vergleichswerte in entwickelten Ländern.

Trotz dieser Belastung durch Entwicklungsaufgaben und des pro Kopf gemessenen geringen Ausmaßes an Emissionen von Treibhausgasen, so Hus Botschaft, unternehme die chinesische Regierung schon heute erhebliche Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel. Dazu zählten die Förderung des technologischen Fortschritts mit dem Ziel der Verbesserung der Energieeffizienz, die Entwicklung von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen, Aufforstung und Baumpflanzungsaktionen, Familienplanung (!) und die Anstrengungen im Aufbau eines Rechtssystems.

Damit nicht genug habe die chinesische Regierung das National Programme in Response to Climate Change verkündet und werde dieses ernsthaft umsetzen. Bis zum Jahr 2010 soll demnach der Energieverbrauch pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 um 20% reduziert werden; der Anteil der bewaldeten Flächen an der Landfläche Chinas soll von 18,2% auf 20% ausgeweitet werden.

Da in der Klimaschutzdebatte die Unterstützung der Entwicklungsländer, die schon heute am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden, vernachlässigt werde und der Kampf gegen den Klimawandel auch eine Entwicklungsaufgabe sei, wolle China ferner im Rahmen seiner Möglichkeiten die afrikanischen Länder und die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern darin unterstützen, deren Ver-

mögen zu stärken, auf den Klimawandel zu reagieren. (Xinhua, 5., 8.6.07 nach BBC PF, 7., 10.6.07; XNA, 4., 8.6., 3.7.07; ST, 8.6.07)

Erstmals irakischer Präsident in China

Obwohl diplomatische Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Irak schon seit 1958 bestehen, besuchte mit Jalal Talabani vom 20. bis 26. Juni 2007 erstmals ein irakischer Präsident das Land als offizieller Staatsgast. Talabani selbst hatte die Volksrepublik erstmalig bereits 1955 als Journalist und später ein zweites Mal im Jahr 2003 besucht. In seiner offiziellen Funktion hielt er sich nun auf Einladung Hu Jintaos im Land auf und besuchte neben Beijing auch Xi'an und Nanjing.

Im Wesentlichen handelte es sich bei dem Staatsbesuch um einen Höflichkeitsbesuch, von dem nicht viel zu erwarten war. Die Gespräche mit den führenden chinesischen Politikern wurden als aufrichtig, freundlich und fruchtbar bezeichnet. Während Hu Jintao für die chinesische Seite seine Vorschläge zum Ausbau der Beziehungen jedoch auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit fokussierte und dann erst in zweiter Linie die Koordination mit dem Irak in internationalen und regionalen Fragen verbessern wollte, war Talabani primär an einer Intensivierung von Handel, wissenschaftlichem und technologischem Austausch sowie im Hinblick auf Energiefragen interessiert.

Die Erwartungen Iraks an China sind wesentlich höher gesteckt als umgekehrt die chinesischen Erwartungen an einen von den USA dominierten und besetzten Irak.

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass Hu zusagte, chinesische Firmen zu Investitionen im Irak ermuntern zu wollen. Auch der in Form einer zwischenstaatlichen Vereinbarung fixierte Teilschuldenerlass seitens der Volksrepublik China für den Irak ist eher eine Geste denn ein wirklicher Fortschritt. Selbst chinesische Staatsmedien betonten, dass es keinerlei Informationen darüber gegeben habe, in welcher Höhe dem Irak Schulden erlassen werden sollen. (XNA, 18., 20., 21., 22., 24.6.07; Xinhua, 21.6.07, nach BBC PF, 23.6.07; ZTS, 21.6.07, nach BBC PF, 22.6.07)

Australien auf Distanz?

War die australische Regierung in der Vergangenheit des Öfteren mit Stellungnahmen hervorgetreten, man lasse sich nicht für eine gegen China gerichtete Politik instrumentalisieren und habe vielmehr ein ureigenes Interesse an guten Beziehungen zu Beijing, so scheint sich hier aus chinesischer Sicht ein Umdenken abzuzeichnen. Australiens Schritte zur Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit mit Japan und seine vermuteten Pläne zur Ausweitung des trilateralen Sicherheitsdialogs zwischen Australien, den USA und Japan auf Indien lassen auf eine gegen China gerichtete Strategie schließen. Da klingt in chinesischen Ohren denn auch die Beteuerung des australischen Verteidigungsministers Brendan Nelson Anfang Juni 2007 wenig überzeugend, man sei nicht daran interessiert, etwas zu tun, was von anderen als Eindämmung Chinas interpretiert werden könne.

Schließlich wurde zeitgleich bekannt, dass das jüngste vom australischen Premierminister in Auftrag gegebene Gutach-

ten zur Verteidigungspolitik zu der Einschätzung kommt, die Modernisierung des chinesischen Militärs und insbesondere die Entwicklung von Antisatellitenwaffen könnte Missverständnisse und Instabilität in der Region hervorrufen. In China wurde das als größerer Schulderschluss Australiens mit dem Chor der Kritiker in den USA und Japan interpretiert.

Während seines offiziellen viertägigen Besuchs in China beeilte sich der australische Verteidigungsminister am 9. Juli denn auch um Abwiegung. Er betonte, die Anstrengungen Chinas zur Modernisierung seiner Streitkräfte seien verständlich und vernünftig. Des Weiteren wies er auf die Wortwahl in dem Verteidigungsgutachten hin, bei der es sich mit dem Wort „könnte“ um den Konjunktiv handle. Er betonte, dass eine wachsende Offenheit und Transparenz auf chinesischer Seite die Wahrscheinlichkeit von Missverständnissen und Instabilität durchaus vermindern bzw. ausschließen könne.

Die chinesischen Gesprächspartner blieben trotz des australischen Lobes, China sei mit seiner wachsenden Offenheit in den Verteidigungsweißbüchern auf dem richtigen Wege, eher distanziert. Während so der australische Verteidigungsminister zu mehr Dialog und Transparenz aufforderte, beschränkte sich der chinesische Willen zur Erweiterung der Kooperation lediglich auf nichttraditionelle Sicherheitsrisiken – mit hin ein Thema am Rande der Verteidigungspolitik, das die Modernisierung und Ausrüstung der chinesischen Streitkräfte nur marginal berührt. (XNA, 5., 9.7.07; WSJ, 9.7.07; SCMP, 9.7.07; ST, 6.6.07; Radio Australia, 9.7.07, nach BBC PF, 10.7.07)

Bundespräsident Köhler in China

Bundespräsident Horst Köhler reiste am 23. Mai 2007 zum ersten Mal in seiner Amtszeit zu einem Staatsbesuch nach China. Während seines viertägigen Aufenthalts in Kunming, Beijing und Shanghai traf er sich unter anderem mit Staatspräsident Hu Jintao, Premierminister Wen Jiabao und dem Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Jia Qinglin. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Horst Köhler und den chinesischen Regierungsvertretern standen die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China sowie Fragen der Umwelt- und Klimapolitik.

Nach der Ankunft in Kunming traf sich der Bundespräsident am folgenden Tag mit Staatspräsident Hu Jintao in Beijing. Thema der Gespräche waren vor allem die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen und die Zusammenarbeit beider Länder in Bereichen der Energieeffizienz, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Ressourcennutzung. Konkrete Fragen, wie beispielsweise die Festlegung bestimmter Emissionsgrenzen, seien jedoch nicht erörtert worden.

Köhler sprach auch die Lage der Menschenrechte in China an. Im Vorfeld des Besuchs hatte es Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Menschenrechtsfrage gegeben. Im Mai war vom Deutschen Bundestag eine Resolution verabschiedet worden, welche die Abschaffung der chinesischen Umerziehungslager forderte und in China heftige Kritik hervorrief (C.a., 3/2007:104). Irritationen hatte auch der chinesische Boykott eines Seminars im Rahmen des EU-China Menschenrechtsdia-

logs hervorgerufen, an dem die Menschenrechtsorganisationen amnesty international und Human Rights Watch teilnehmen sollten. Diese waren von Beijing als „china-kritisch“ eingestuft worden.

Diese Fälle wurden vom Bundespräsidenten während seines Gesprächs mit Hu Jintao zwar nicht direkt angesprochen. Köhler erklärte, dies sei Aufgabe der Bundesregierung. Hu gestand dennoch „Fehler und Probleme“ im Umgang mit den Menschenrechten ein, ohne diese allerdings zu konkretisieren. Er sagte, die Umsetzung der Menschenrechte müsse verbessert und Probleme müssten behoben werden. Darüber hinaus bot der chinesische Präsident eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik an, verteidigte aber gleichzeitig das chinesische Vorgehen in Afrika.

Am folgenden Tag traf sich Köhler zu Gesprächen mit Wen Jiabao, Jia Qinglin und Vertretern von chinesischen Umweltgruppen. Der Bundespräsident lobte die guten Beziehungen zwischen Deutschland und China und griff wiederum Fragen der Energie- und Umweltpolitik auf. Nach dem Treffen sagte Köhler, er habe differenzierte Informationen erhalten und sei in der Annahme bestärkt, dass eine pauschale Beurteilung Chinas nicht möglich sei.

Zum Abschluss seines Staatsbesuchs hielt der Bundespräsident eine Rede vor Studenten der Shanghaier Tongji-Universität. Köhler sprach darin nochmals die Bedeutung der Menschenrechte an und wandte sich gegen Folter. Im Mittelpunkt seiner Rede standen seine Vorstellungen zur deutsch-chinesischen Zusammenarbeit. Er ging dabei sowohl auf den Bereich der

Klima- und Umweltpolitik ein als auch auf die Kooperation beider Staaten in internationalen Angelegenheiten. Der Bundespräsident machte deutlich, dass China aufgrund seines Einflusses in Afrika wesentlich zur Lösung des Konflikts in Darfur beitragen könnte.

Insgesamt zeigte sich Köhler beeindruckt von der „erstaunlichen Offenheit“ der Beijinger Führung, mit der Fehler und Probleme angesprochen wurden. Er sprach von guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre. Köhler sei überzeugt, dass sich die chinesische Regierung der aktuellen Probleme bewusst sei und an deren Lösung arbeite.

Die einzelnen Kritikpunkte Köhlers stehen übrigens immer öfter im Mittelpunkt von Gesprächen mit der chinesischen Führung. Auch der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt wies bei seinem Treffen mit Hu Jintao im Juni in Stockholm auf die Probleme bezüglich der Menschenrechte, des Klimawandels und der Afrikapolitik hin.

Die Reaktion der chinesischen Führung, Schwierigkeiten – vor allem bei der Umsetzung der Menschenrechte – zuzugeben, ist in der jüngeren Vergangenheit immer häufiger zu beobachten. Man sollte sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die Basis dieser Aussage eine von der deutschen durchaus abweichende Definition der Menschenrechte bildet. Auch die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen dient einer positiven Außendarstellung. Beijing betont offiziell immer wieder seine Bemühungen zur Lösung internationaler Konflikte und zur Verbesserung der Umweltpolitik. Der wirkliche Einfluss Deutsch-

lands und anderer westlicher Staaten auf die Politik Chinas ist allerdings fraglich. (FAZ, 24., 25., 26.5.07; TAZ, 26., 27., 28.5.07; Welt online, 25.5.07; XNA, 24., 25., 26.5.07) (Björn Lindemann)

Diplomatische Beziehungen mit Costa Rica

Am 7. Juni 2007 unterzeichneten die Außenminister Chinas und Costa Ricas, Yang Jiechi und Bruno Stagno, eine gemeinsame Erklärung zur Errichtung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern. Costa Rica, neben Panama und Nicaragua bis dato einer der wenigen Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhielten, hatten sich für Beijing entschieden, um das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes zu sichern, wie Präsident Oscar Arias in einer Stellungnahme mitteilte.

Die normalen diplomatischen Beziehungen wurden rückwirkend zum 1. Juni etabliert und gehen mit der Anerkennung der Regierung in Beijing als alleinige legitime Vertretung Chinas einschließlich der Provinz Taiwan einher. Für Costa Rica ist es eine ökonomisch begründete Entscheidung, die die realistische Außenpolitik seines Landes reflektiert, so der Präsident Costa Ricas weiter. Angesichts der Wirtschaftsmacht Chinas werde die Botschaft in Beijing in der Wichtigkeit für sein Land an zweiter Stelle nur hinter der in Washington rangieren. Costa Rica hofft auf die Ausweitung des bilateralen Handels, chinesische Investitionen und auch auf ein Freihandelsabkommen mit Beijing. (WSJ, 7.6.07; XNA, 8.6., 26.7.07; Xinhua, 7.6.07, nach BBC PF, 8.6.07)

Konfuzius-Institut für Israel

Auch Israel soll ab November sein erstes Konfuzius-Institut bekommen. Dieses soll an der Tel Aviv University seine Pforten öffnen – einer der drei Universitäten, die in Israel Abschlüsse in Chinesisch anbieten. Interessant ist die Tatsache, dass die Lehrkräfte des Konfuzius-Instituts, das in erster Linie Sprachkurse anbieten soll, von der Tel Aviv University gestellt werden sollen und nicht von der chinesischen Seite.

Bis November finden zur Feier des 15. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Israel auch chinesische Kulturwochen statt. Der Fokus liegt hierbei offensichtlich auf relativ leichter Kost für das breite Publikum. Die Auftaktveranstaltung bestritten Akrobaten aus Wuhan, die in ihren Vorführungen Helden der chinesischen Geschichte von der mythologischen Mulan über die Soldaten des Kaisers von Qin bis hin zu den Kungfu-Meistern aus Shaolin vorstellten.

Insbesondere im wirtschaftlichen und auch militärischen Bereich fehlen China und Israel offensichtlich jegliche ideologische Berührungspunkte. So stieg das bilaterale Handelsvolumen in den 15 Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 40% auf derzeit 3,9 Mrd. USD an. Mehr als 200 israelische Unternehmen haben bislang Dependancen in China aufgebaut. (XNA, 25., 29.7.07)

Kritik Chinas am Brief des Papstes

Ende Juni 2007 veröffentlichte Papst Benedikt XVI. einen Hirtenbrief an die chi-

nesischen Katholiken. Der Papst hatte den „Brief an die Bischöfe, die Priester, die Personen des gottgeweihten Lebens und an die gläubigen Laien der katholischen Kirche in der Volksrepublik China“ bereits am Pfingstsonntag unterzeichnet. Er spricht sich darin für eine Normalisierung der Beziehungen zu Beijing und für die Versöhnung der beiden katholischen Kirchen in China aus. Gleichzeitig fordert er die freie Ernennung der chinesischen Bischöfe durch den Vatikan.

Der 52-seitige Papstbrief, der gleichzeitig mit einer „Erklärenden Note“ veröffentlicht wurde, erörtert zudem historische Aspekte der Missionsversuche in China sowie Aspekte der Christenverfolgungen unter kommunistischer Herrschaft. Die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und China waren 1951 abgebrochen worden. Seitdem ist das Verhältnis beider Staaten angespannt.

Der Brief des Papstes ist jedoch auch von Verständigung und Versöhnung geprägt und erklärt die Bereitschaft des Vatikans zu einem respektvollen und konstruktiven Dialog mit der Volksrepublik China. Benedikt XVI. äußerte den Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Beijing. Zwar sei dies nicht von heute auf morgen möglich. Er bot der chinesischen Führung dennoch seine Gesprächsbereitschaft an und machte deutlich, dass der Vatikan keine politische Einflussnahme in China oder Veränderung der Staatsstruktur anstrebe.

In der „Erklärenden Note“ zu dem Hirtenbrief äußerte der Papst zugleich den Wunsch nach freier Ernennung der Bischö-

fe durch den Heiligen Stuhl und nach Achtung der Religionsfreiheit für die chinesischen Katholiken.

Das Schreiben des Papstes war an beide katholischen Kirchen in China gerichtet. Neben der staatlich kontrollierten Katholisch-Patriotischen Vereinigung (*Zhongguo tianzhujiao aiguo hui*) mit offiziell mehr als 5 Mio. Mitgliedern existiert in China eine vatikantreue Kirche. Seit dem Abbruch der Beziehungen 1951 haben sich vatikantreue Katholiken in Untergrundkirchen organisiert. Benedikt XVI. appellierte an die schätzungsweise rund 15 Mio. Katholiken in China, aufeinander zuzugehen und rief zu einer Versöhnung beider Kirchen auf.

Der Papst äußerte seine Hoffnung, dass auch die Untergrundbischöfe bald vom Staat akzeptiert werden. Er ermunterte die Bischöfe der offiziellen katholischen Kirche, in die volle Gemeinschaft mit dem Heiligen Stuhl einzutreten. Nur durch eine Vereinigung sei eine Anerkennung des offiziellen chinesischen Bischofskollegiums durch den Vatikan möglich. Eine von Rom unabhängige Kirche sei mit der katholischen Doktrin dagegen nicht vereinbar. Darüber hinaus rief er die Bischöfe der offiziellen chinesischen Kirche, die auch durch den Vatikan anerkannt werden, zur Offenlegung ihres päpstlichen Mandats auf.

Der Papstbrief wurde innerhalb der offiziellen katholischen Kirche in China überwiegend positiv aufgenommen. Vertreter sprachen von einem wichtigen Zeichen für den Dialog mit Beijing und die Einheit der katholischen Kirche in China. Der Vizevorsitzende der Katholisch-Patriotischen Vereinigung, Liu Bainian, würdigte die po-

sitive Haltung des Papstes, verteidigte aber gleichzeitig den Anspruch Beijings auf die Ernennung von Bischöfen.

Skeptischer äußerte sich ein Priester aus Hongkong. Er gehe nicht davon aus, dass die Ernennung von Bischöfen durch den Vatikan wie in 173 anderen Ländern auch von China anerkannt würde.

Kritik rief auch der Wunsch des Papstes nach Offenlegung des päpstlichen Mandats durch die Untergrundbischöfe hervor. Nach einer langen Zeit der Verfolgung von Mitgliedern der Untergrundkirche durch den chinesischen Staat sei ein Dialog mit der staatlichen Kirche nicht nur für den Einzelnen schwierig, sondern mitunter auch gefährlich.

Offiziell reagierte China distanziert auf den Vorstoß des Papstes. Das Außenministerium teilte mit, der Vatikan solle konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen unternehmen, anstatt neue Hindernisse aufzubauen. China fordert vom Vatikan den Abbruch der Beziehungen mit Taiwan, die Anerkennung der Ein-China-Politik und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes unter dem Vorwand der Religion. Vor allem die Forderung nach der freien Ernennung der Bischöfe durch den Vatikan wird von chinesischer Seite als Eingriff in die innerchinesischen Angelegenheiten angesehen.

Die regierungsnahen Zeitung *Wen Wei Po* zitierte eine hochrangige Persönlichkeit, die das Schreiben des Papstes als inakzeptabel und unflexibel bezeichnet. Vor allem in der zentralen Frage nach der Bischofsnennung seien weder der Vatikan noch China kompromissbereit. Darüber hinaus habe der Papst die Frage nach den Beziehungen

mit Taiwan bewusst ausgelassen, sodass in den entscheidenden Punkten keine Annäherung erfolgt sei. Eine Verbesserung der Beziehungen aufgrund des Papstbriefes sei derzeit daher nicht realistisch.

Somit hat der Brief des Papstes sein Ziel der Annäherung mit China nicht erreicht. Die Kritik von chinesischer Seite deutet vielmehr auf ein weiterhin angespanntes Verhältnis zwischen der Regierung in Beijing und dem Vatikan hin.

Unter dem Hinweis, dass das Schreiben des Papstes im Internet verfügbar sei, wurde der Brief von der staatlichen Kirche in China nicht veröffentlicht. Die chinesische Regierung hatte den Zugang zu dem Hirtenbrief jedoch kurz nach seiner Veröffentlichung auf allen Internetseiten in China blockiert. Offiziell verkündete China weiterhin die Bereitschaft zum konstruktiven Dialog mit dem Vatikan. (XNA, 30.6.07; SCMP, 1.7.07; WSJ, 3.7.07; *Wen Wei Po*, 5., 9.7.; *Welt online*, 3.7.07; IHT, 2.7.07; NZZ, 3.7.07; FAZ, 2.7.07) (Björn Lindemann)

Innenpolitik

Heike Holbig

„Wichtige Rede“ Hu Jintaos – Einschwörung auf den XVII. Parteitag

Zahlreiche Ansprachen der Parteispitze werden im offiziellen Pressejargon der Volksrepublik als „wichtige Reden“ markiert. Dass es sich bei einer Rede von Partei- und Staatschef Hu Jintao vor der Zentralen Parteschule am 25. Juni 2007 aber um